

Wien

Breitband und Open Government

[06.02.2015] Die österreichische Bundeshauptstadt Wien will die Themen Breitband und Open Government forcieren. Das wurde in einem Hintergrundgespräch deutlich.

In einem Hintergrundgespräch haben Wirtschaftsstadträtin Renate Brauner und IKT-Stadträtin Sandra Frauenberger ihre Ziele für die Open-Government-Strategie der Stadt Wien dargelegt. Auch der weitere Ausbau von Breitbandinternet war ein zentrales Thema. Frauenberger nannte drei Punkte der Open-Government-Strategie. Es gehe um die Erweiterung von Online-Services, mehr Partizipation an Zukunftsprojekten sowie den Ausbau von Transparenz. Bereits jetzt würden beispielsweise Hundeanmeldungen mehrheitlich online und 55 Prozent aller Unternehmensgründungen per Internet erfolgen. Zudem betrage die Zeitersparnis durch die Internet-Nutzung zwischen 30 Minuten und zwei Stunden. Darüber hinaus geht es laut Frauenberger darum, die Digitale Agenda Wiens weiterzuentwickeln. Nach fünf Jahren Open Data gebe es nun 249 Datenkataloge und 158 Anwendungen.

Wirtschaftsstadträtin Renate Brauner sieht die Breitband-Versorgung als sehr zentral für den Wirtschaftsstandort Wien. Die Stadt orientiere sich dabei an der Breitband-Strategie 2020 des Bundes. Bis 2018 soll in den Ballungsgebieten ein ultraschneller Breitband-Zugang zur Verfügung stehen, bis 2020 eine flächendeckende Versorgung. Zudem plane die Stadt, Budgetmittel aus der Breitband-Milliarde des Bundes sowie EU-Fördergelder zu nutzen. Die Investition von einer Milliarde Euro in den Breitband-Ausbau würde laut Brauner zudem 42.800 Arbeitsplätze bedeuten. Breitband-Koordinator Josef Dirmüller merkte vor diesem Hintergrund an, dass er derzeit die IST-Situation erhebe, aus der sich nicht nur etwaige Förderungen ergeben würden. Auf deren Basis würde auch bis Ende 2015 die Breitband-Strategie der Stadt entwickelt.

(ve)

Stichwörter: Breitband, Österreich, Wien, International, Open Government